K3-055: GRÜN WÄHLEN UND BAYERN ZUSAMMENHALTEN

Antragsteller*innen Benjamin Kaufmann (KV München)

Von Zeile 54 bis 55 einfügen:

Beratungs- und Anlaufstellen in Bayern werden wir ausbauen, barrierefrei machen und verlässlich unterstützen.

Jugendbeamte sind ein wichtiger Bestandteil der Präventionsarbeit. Sowohl die Arbeit, wie auch die personelle Ausstattung dieser werden wir verstärken. Die Schule darf kein rechtsfreier Raum sein. Wir gehen entschieden gegen die Verbreitung von Gewaltdarstellungen, Missbrauchsdarstellungen, Beleidigungen und extremistischen Materialien vor. Die Meldung dieser Vorfälle wollen wir verpflichtend einführen.
Schulen sollen Kurse zu Zivilcourage und Verkehrserziehung durchführen.

Begründung
Schulen sind meist ein Brennpunkt für Probleme, die auch in einer gesellschaft vorhanden sind.
Daher macht es Sinn, dort mit der Verfolgung von Straftaten auch zu beginnen, um schlimmeres zu verhindern.

In Schulen kommt es gehäuft zu Fällen von Cybermobbing. Dabei werden nicht nur Beleidigungen geteilt, sondern teilweise auch ganze Gruppen eröffnet oder mehr, um SchülerInnen zu verfolgen, zu beleidigen, in ihren Ehren zu schädigen oder mehr. Dabei wird auch auf Erpressungen gesetzt, wie bspw. die Drohung der Verbreitung von Bildern mit schädigendem Inhalt.
Dies führt zu schwersten Schicksalen bei Betroffenen, kann lebenslängliche Schädigungen verursachen und ein normales Leben verunmöglichen. Dabei sind diese Dinge kein Kavaliersdelikt, sondern Straftaten, die auch verfolgt gehören.
Andere Beispiele sind die Verbreitungen von Antisemitismus, Propagandamaterial, nationalisozialistischen Symboliken und mehr, wobei oftmals die schlimmstmöglichen Dinge geteilt werden.
Das reicht von Bildern, die NS-Symboliken zeigen mit einer verharmlosung dieser, bis hin zu Videos von schlimmsten Taten gegen die Menschlichkeit.
Aber auch Propaganda von Staaten und Parteien wird geteilt, die sich gegen unsere freie demokratische Grundordnung richten, Menschen oder andere Nationen

angreifen oder herabwürdigen, sich gegen andere Religionen richten, gegen die Queere Community und viele mehr.
Bei diesen und vielen weiteren Dingen können **Jugendbeamte** ein Schlüssel sein.

Als besonders geschulte PolizistInnen, können Sie ein wichtiges Bindeglied bilden um Probleme zu erkennen und möglichst schnell einzugreifen, mit der nötigen Vorsicht und Erfahrung im Umgang mit SchülerInnen.
Außerdem dienen Sie als AnsprechpartnerInnen für DirektorInnen und Lehrkräfte, wenn diese Verdachtsfälle äußern oder Probleme vor Ort erleben.
Sie können, als eigenständige Einheiten, viel mehr Zeit in die Arbeit mit Jugendlichen und Kindern investieren, eigene Schwerpunkte setzen und neue Trends verfolgen.
Die Arbeit in der Verkehrserziehung wird oft vergessen oder muss wegen personellen Engpässen zurückgestellt werden, das darf nicht mehr sein.
Jede SchülerIn soll die Chance bekommen, Fahrradführerschein, einen Exkurs in Zivilcourage und mehr zu bekommen.